

Auswärtiges Amt
D. III 29. g. H. 165
Bef. 2. MRZ 1942
Anl. (noch) Dopp. d. Eing.
27. März 1942

**Der Chef
Der Sicherheitspolizei und des SD**

IV B 4 - 1456/41 g.Rs. (1344)

Geheime Reichssache!

*Herrn Unterstaatssekretär Luther
im Auswärtigen Amt
Berlin
Wilhelmstr. 74/76*

Lieber Parteigosse Luther!

Als Anlage übersende ich das Protokoll über die am 20.1.1942 stattgefundenen Absprache. Da nunmehr erfreulicherweise die Grundlinie hinsichtlich der praktischen Durchführung der Endlösung der Judenfrage festgelegt ist und seitens der hieran beteiligten Stellen völlige Übereinstimmung herrscht, darf ich Sie bitten, Ihren Sachbearbeiter zwecks Fertigstellung der vom Reichsmarschall gewünschten Vorlage, in der die organisatorischen, technischen und materiellen Voraussetzungen zur praktischen Inangriffnahme der Lösungsarbeiten aufgezeigt werden sollen, zu den hierfür notwendigen Detailbesprechungen abzustellen.

Die erste Besprechung dieser Art beabsichtige ich am 6. März 1942, 10.30 Uhr, in Berlin, Kurfürstenstrasse 116, abhalten zu lassen. Ich darf Sie bitten, Ihren Sachbearbeiter zu veranlassen, sich dieserhalb mit meinem zuständigen Referenten, dem 4-Obersturmbannführer Eichmann, ins Benehmen zu setzen.

Heil Hitler!

Ihr
K210399 372023
Styger

1. Anlage!

Geheime Reichssache! 166

30 Ausfertigungen
16. Ausfertigung

Besprechungsprotokoll.

I. An der am 20.1.1942 in Berlin, Am Großen Wannsee Nr. 56/58, stattgefundenen Besprechung über die Endlösung der Judenfrage nahmen teil:

Gauleiter Dr. Meyer und Reichsamtseleiter Dr. Leibbrandt	Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete
Staatssekretär Dr. Stuckart	Reichsministerium des Innern
Staatssekretär Neumann	Beauftragter für den Vierjahresplan
Staatssekretär Dr. Freisler	Reichsjustizmini- sterium
Staatssekretär Dr. Bühler	Amt des General- gouverneurs
Unterstaatssekretär Luther	Auswärtiges Amt
4-Oberführer Klopfer	Partei-Kanzlei
Ministerialdirektor Kritzinger	Reichskanzlei

K210400 372024
D. III. 29. g. H.

⚡-Gruppenführer Hofmann	Rasse- und Siedlungshauptamt
⚡-Gruppenführer Müller	Reichssicherheits-
⚡-Obersturmbannführer Eichmann	hauptamt
⚡-Oberführer Dr. Schöngarth	Sicherheitspolizei
Befehlshaber der Sicherheits-	und SD
polizei und des SD im General-	
gouvernement	
⚡-Sturmabannführer Dr. Lange	Sicherheitspolizei
Kommandeur der Sicherheitspoli-	und SD
zei und des SD für den General-	
bezirk Lettland, als Vertreter	
des Befehlshabers der Sicher-	
heitspolizei und des SD für das	
Reichskommissariat Ostland.	

II. Chef der Sicherheitspolizei und des SD, ⚡-Obergruppenführer H e y d r i c h, teilte eingangs seine Bestellung zum Beauftragten für die Vorbereitung der Endlösung der europäischen Judenfrage durch den Reichsmarschall mit und wies darauf hin, daß zu dieser Besprechung geladen wurde, um Klarheit in grundsätzlichen Fragen zu schaffen. Der Wunsch des Reichsmarschalls, ihm einen Entwurf über die organisatorischen, sachlichen und materiellen Belange im Hinblick auf die Endlösung der europäischen Judenfrage zu übersenden, erfordert die vorherige gemeinsame Behandlung aller an diesen Fragen unmittelbar beteiligten Zentralinstanzen im Hinblick auf die Parallelisierung der Linienführung.

K210401

372025

Die Federführung bei der Bearbeitung der Endlösung der Judenfrage liege ohne Rücksicht auf geographische Grenzen zentral beim Reichsführer-⚡ und Chef der Deutschen Polizei (Chef der Sicherheitspolizei und des SD).

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD gab sodann einen kurzen Rückblick über den bisher geführten Kampf gegen diesen Gegner. Die wesentlichsten Momente bilden

- a/ die Zurückdrängung der Juden aus den einzelnen Lebensgebieten des deutschen Volkes,
- b/ die Zurückdrängung der Juden aus dem Lebensraum des deutschen Volkes.

Im Vollzug dieser Bestrebungen wurde als einzige vorläufige Lösungsmöglichkeit die Beschleunigung der Auswanderung der Juden aus dem Reichsgebiet verstärkt und planmäßig in Angriff genommen.

Auf Anordnung des Reichsmarschalls wurde im Januar 1939 eine Reichszentrale für jüdische Auswanderung errichtet, mit deren Leitung der Chef der Sicherheitspolizei und des SD betraut wurde. Sie hatte insbesondere die Aufgabe

- a/ alle Maßnahmen zur Vorbereitung einer verstärkten Auswanderung der Juden zu treffen.
- b/ den Auswanderungsstrom zu lenken,
- c/ die Durchführung der Auswanderung im Einzelfall zu beschleunigen.

Das Aufgabenziel war, auf legale Weise den deutschen Lebensraum von Juden zu säubern.

K210402

372026

Über die Nachteile, die eine solche Auswanderungsforcierung mit sich brachte, waren sich alle Stellen im klaren. Sie mußten jedoch angesichts des Fehlens anderer Lösungsmöglichkeiten vorerst in Kauf genommen werden.

Die Auswanderungsarbeiten waren in der Folgezeit nicht nur ein deutsches Problem, sondern auch ein Problem, mit dem sich die Behörden der Ziel- bzw. Einwandererländer zu befassen hatten. Die finanziellen Schwierigkeiten, wie Erhöhung der Vorzeige- und Landungsgelder seitens der verschiedenen ausländischen Regierungen, fehlende Schiffsplätze, laufend verschärfte Einwanderungsbeschränkungen oder -sperrungen, erschwerten die Auswanderungsbestrebungen außerordentlich. Trotz dieser Schwierigkeiten wurden seit der Machtübernahme bis zum Stichtag 31.10.1941 insgesamt rund 537.000 Juden zur Auswanderung gebracht. Davon

vom 30.1.1933 aus dem Altreich	rd. 360.000
vom 15.3.1938 aus der Ostmark	rd. 147.000
vom 15.3.1939 aus dem Protektorat Böhmen und Mähren	rd. 30.000.

Die Finanzierung der Auswanderung erfolgte durch die Juden bzw. jüdisch-politischen Organisationen selbst. Um den Verbleib der verproletarisierten Juden zu vermeiden, wurde nach dem Grundsatz verfahren, daß die vermögenden Juden die Abwanderung der vermögenslosen Juden zu finanzieren haben; hier wurde, je nach Vermögen gestaffelt, eine entsprechende Umlage bzw. Auswandererabgabe vorgeschrieben, die zur Bestreitung der finanziellen Obliegenheiten im Zuge der Abwanderung vermögensloser Juden verwandt wurde.

K210403

372027

Neben dem Reichsmark-Aufkommen sind Devisen für Vorzeige- und Landungsgelder erforderlich gewesen. Um den deutschen Devisenschatz zu schonen, wurden die jüdischen Finanzinstitutionen des Auslandes durch die jüdischen Organisationen des Inlandes verhalten, für die Beitreibung entsprechender Devisenaufkommen Sorge zu tragen. Hier wurden durch diese ausländischen Juden im Schenkungswege bis zum 30.10.1941 insgesamt rund 9.500.000 Dollar zur Verfügung gestellt.

Inzwischen hat der Reichsführer-¹⁴ und Chef der Deutschen Polizei im Hinblick auf die Gefahren einer Auswanderung im Kriege und im Hinblick auf die Möglichkeiten des Ostens die Auswanderung von Juden verboten.

III. Anstelle der Auswanderung ist nunmehr als weitere Lösungsmöglichkeit nach entsprechender vorheriger Genehmigung durch den Führer die Evakuierung der Juden nach dem Osten getreten.

Diese Aktionen sind jedoch lediglich als Ausweichmöglichkeiten anzusprechen, doch werden hier bereits jene praktischen Erfahrungen gesammelt, die im Hinblick auf die kommende Endlösung der Judenfrage von wichtiger Bedeutung sind.

Im Zuge dieser Endlösung der europäischen Judenfrage kommen rund 11 Millionen Juden in Betracht, die sich wie folgt auf die einzelnen Länder verteilen:

K210404

372028

- 6 -

Land	Zahl
A. Altreich	151.800
Ostmark	43.700
Ostgebiete	420.000
Generalgouvernement	2.284.000
Bialystok	400.000
Protektorat Böhmen und Mähren	74.200
Estland - judenfrei -	
Lettland	3.500
Litauen	34.000
Belgien	43.000
Dänemark	5.600
Frankreich / Besetztes Gebiet	165.000
Unbesetztes Gebiet	700.000
Griechenland	69.600
Niederlande	160.800
Norwegen	1.300
B. Bulgarien	48.000
England	330.000
Finnland	2.300
Irland	4.000
Italien einschl. Sardinien	58.000
Albanien	200
Kroatien	40.000
Portugal	3.000
Rumänien einschl. Bessarabien	342.000
Schweden	8.000
Schweiz	18.000
Serbien	10.000
Slowakei	88.000
Spanien	6.000
Türkei (europ. Teil)	55.500
Ungarn	742.800
UdSSR	5.000.000
Ukraine	2.994.684
Weißrußland aus- schl. Bialystok	446.484
Zusammen: über	11.000.000

K210405

372029

- 7 -

Bei den angegebenen Judenzahlen der verschiedenen ausländischen Staaten handelt es sich jedoch nur um Glaubensjuden, da die Begriffsbestimmungen der Juden nach rassischen Grundsätzen teilweise dort noch fehlen. Die Behandlung des Problems in den einzelnen Ländern wird im Hinblick auf die allgemeine Haltung und Auffassung auf gewisse Schwierigkeiten stoßen, besonders in Ungarn und Rumänien. So kann sich z.B. heute noch in Rumänien der Jude gegen Geld entsprechende Dokumente, die ihm eine fremde Staatsangehörigkeit amtlich bescheinigen, beschaffen.

Der Einfluß der Juden auf alle Gebiete in der UdSSR ist bekannt. Im europäischen Gebiet leben etwa 5 Millionen, im asiatischen Raum knapp 1/4 Million Juden.

Die berufsständische Aufgliederung der im europäischen Gebiet der UdSSR ansässigen Juden war etwa folgende:

In der Landwirtschaft	9,1 %
als städtische Arbeiter	14,8 %
im Handel	20,0 %
als Staatsarbeiter angestellt	23,4 %
in den privaten Berufen - Heilkunde, Presse, Theater, usw.	32,7 %

Unter entsprechender Leitung sollen nun im Zuge der Entlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird

K210406

372030

Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesem zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaues anzusprechen ist. (Siehe die Erfahrung der Geschichte.)

Im Zuge der praktischen Durchführung der Endlösung wird Europa vom Westen nach Osten durchgekämmt. Das Reichsgebiet einschließlich Protektorat Böhmen und Mähren wird, allein schon aus Gründen der Wohnungsfrage und sonstigen sozial-politischen Notwendigkeiten, vorweggenommen werden müssen.

Die evakuierten Juden werden zunächst Zug um Zug in sogenannte Durchgangsghettos verbracht, um von dort aus weiter nach dem Osten transportiert zu werden.

Wichtige Voraussetzung, so führte Obergruppenführer Heydrich weiter aus, für die Durchführung der Evakuierung überhaupt, ist die genaue Festlegung des in Betracht kommenden Personenkreises.

Es ist beabsichtigt, Juden im Alter von über 65 Jahren nicht zu evakuieren, sondern sie einem Altersghetto - vorgesehen ist Theresienstadt - zu überstellen.

Neben diesen Altersklassen - von den am 31.10.1941 sich im Altreich und der Ostmark befindlichen etwa 280.000 Juden sind etwa 30 % über 65 Jahre alt - finden in den jüdischen Altersghettos weiterhin die schwerkriegsbeschädigten Juden und Juden mit Kriegsauszeichnungen (EK I) Aufnahme. Mit dieser

K210407

372031

zweckmäßigen Lösung werden mit einem Schlag die vielen Interventionen ausgeschaltet.

Der Beginn der einzelnen größeren Evakuierungsaktionen wird weitgehend von der militärischen Entwicklung abhängig sein. Bezüglich der Behandlung der Endlösung in den von uns besetzten und beeinflussten europäischen Gebieten wurde vorgeschlagen, daß die in Betracht kommenden Sachbearbeiter des Auswärtigen Amtes sich mit dem zuständigen Referenten der Sicherheitspolizei und des SD besprechen.

In der Slowakei und Kroatien ist die Angelegenheit nicht mehr allzu schwer, da die wesentlichsten Kernfragen in dieser Hinsicht dort bereits einer Lösung zugeführt wurden. In Rumänien hat die Regierung inzwischen ebenfalls einen Judenbeauftragten eingesetzt. Zur Regelung der Frage in Ungarn ist es erforderlich, in Zeitkürze einen Berater für Judenfragen der Ungarischen Regierung aufzuoktroyieren.

Hinsichtlich der Aufnahme der Vorbereitungen zur Regelung des Problems in Italien hält Obergruppenführer Heydrich eine Verbindung mit der Polizei-Chef in diesen Belangen für angebracht.

Im besetzten und unbesetzten Frankreich wird die Erfassung der Juden zur Evakuierung aller Wahrscheinlichkeit nach ohne große Schwierigkeiten vor sich gehen können.

Unterstaatssekretär Luther teilte hierzu mit, daß bei tiefgehender Behandlung dieses Problems in einigen Ländern, so in den nordischen Staaten, Schwierigkeiten auftauchen werden, und es sich daher empfiehlt, diese Länder vorerst noch un-

K210408

372032

rückzustellen. In Anbetracht der hier in Frage kommenden geringen Judenzahlen bildet diese Zurückstellung ohnedies keine wesentliche Einschränkung.

Dafür sieht das Auswärtige Amt für den Südosten und Westen Europas keine großen Schwierigkeiten.

W-Gruppenführer H o f m a n n beabsichtigt, einen Sachbearbeiter des Rasse- und Siedlungshauptamtes zur allgemeinen Orientierung dann nach Ungarn mitsenden zu wollen, wenn seitens des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD die Angelegenheit dort in Angriff genommen wird. Es wurde festgelegt, diesen Sachbearbeiter des Rasse- und Siedlungshauptamtes, der nicht aktiv werden soll, vorübergehend offiziell als Gehilfen zum Polizei-Attaché abzustellen.

IV. Im Zuge der Endlösungsvorhaben sollen die Nürnberger Gesetze gewissermaßen die Grundlage bilden, wobei Voraussetzung für die restlose Bereinigung des Problems auch die Lösung der Mischehen- und Mischlingsfragen ist.

Chef der Sicherheitspolizei und des SD erörtert im Hinblick auf ein Schreiben des Chefs der Reichskanzlei zunächst theoretisch die nachstehenden Punkte:

1) Behandlung der Mischlinge 1. Grades.

Mischlinge 1. Grades sind im Hinblick auf die Endlösung der Judenfrage den Juden gleichgestellt.

K210409

372033

Von dieser Behandlung werden ausgenommen:

- a) Mischlinge 1. Grades verheiratet mit Deutschblütigen, aus deren Ehe Kinder (Mischlinge 2. Grades) hervorgegangen sind. Diese Mischlinge 2. Grades sind im wesentlichen den Deutschen gleichgestellt.
- b) Mischlinge 1. Grades, für die von den höchsten Instanzen der Partei und des Staates bisher auf irgendwelchen Lebensgebieten Ausnahmegenehmigungen erteilt worden sind. Jeder Einzelfall muß überprüft werden, wobei nicht ausgeschlossen wird, daß die Entscheidung nochmals zu Ungunsten des Mischlings ausfällt.

Voraussetzungen einer Ausnahmegenehmigung müssen stets grundsätzliche Verdienste des in Frage stehenden Mischlings selbst sein. (Nicht Verdienste des deutschblütigen Eltern- oder Ehepartners.)

Der von der Evakuierung auszunehmende Mischling 1. Grades wird - um jede Nachkommenschaft zu verhindern und das Mischlingsproblem endgültig zu bereinigen - sterilisiert. Die Sterilisierung erfolgt freiwillig. Sie ist aber Voraussetzung des Verbleibens im Reich. Der sterilisierte "Mischling" ist in der Folgezeit von allen einengenden Bestimmungen, denen er bislang unterworfen ist, befreit.

2) Behandlung der Mischlinge 2. Grades.

Die Mischlinge 2. Grades werden grundsätzlich den Deutschblütigen zugeschlagen, mit Ausnahme folgender Fälle, in denen die Mischlinge 2. Grades den Juden gleichgestellt werden:

K210410

372034

- a) Herkunft des Mischlings 2. Grades aus einer Bastardehe (beide Teile Mischlinge).
- b) Rassisch besonders ungünstiges Erscheinungsbild des Mischlings 2. Grades, das ihn schon äußerlich zu den Juden rechnet.
- c) Besonders schlechte polizeiliche und politische Beurteilung des Mischlings 2. Grades, die erkennen läßt, daß er sich wie ein Jude fühlt und benimmt.

Auch in diesen Fällen sollen aber dann Ausnahmen nicht gemacht werden, wenn der Mischling 2. Grades deutschblütig verheiratet ist.

3) Ehen zwischen Volljuden und Deutschblütigen.

Von Einzelfall zu Einzelfall muß hier entschieden werden, ob der jüdische Teil evakuiert wird, oder ob er unter Berücksichtigung auf die Auswirkungen einer solchen Maßnahme auf die deutschen Verwandten dieser Mischehe einem Altersghetto überstellt wird.

4) Ehen zwischen Mischlingen 1. Grades und Deutschblütigen.

a) Ohne Kinder.

Sind aus der Ehe keine Kinder hervorgegangen, wird der Mischling 1. Grades evakuiert bzw. einem Altersghetto überstellt. (Gleiche Behandlung wie bei Ehen zwischen Volljuden und Deutschblütigen, Punkt 3.)

K210411

372035

b) Mit Kindern.

Sind Kinder aus der Ehe hervorgegangen (Mischlinge 2. Grades), werden sie, wenn sie den Juden gleichgestellt werden, zusammen mit dem Mischling 1. Grades evakuiert bzw. einem Ghetto überstellt. Soweit diese Kinder Deutschen gleichgestellt werden (Regelfälle), sind sie von der Evakuierung auszunehmen und damit auch der Mischling 1. Grades.

5) Ehen zwischen Mischlingen 1. Grades und Mischlingen 1. Grades oder Juden.

Bei diesen Ehen (einschließlich der Kinder) werden alle Teile wie Juden behandelt und daher evakuiert bzw. einem Altersghetto überstellt.

6) Ehen zwischen Mischlingen 1. Grades und Mischlingen 2. Grades.

Beide Eheteile werden ohne Rücksicht darauf, ob Kinder vorhanden sind oder nicht, evakuiert bzw. einem Altersghetto überstellt, da etwaige Kinder rassenmäßig in der Regel einen stärkeren jüdischen Bluteinschlag aufweisen, als die jüdischen Mischlinge 2. Grade)

§-Gruppenführer H o f m a n n steht auf dem Standpunkt, daß von der Sterilisierung weitgehend Gebrauch gemacht werden muß; zumal der Misch-

K210412

372036

ling, vor die Wahl gestellt, ob er evakuiert oder sterilisiert werden soll, sich lieber der Sterilisierung unterziehen würde.

Staatssekretär Dr. S t u c k a r t stellt fest, daß die praktische Durchführung der eben mitgeteilten Lösungsmöglichkeiten zur Bereinigung der Mischehen- und Mischlingsfragen in dieser Form eine unendliche Verwaltungsarbeit mit sich bringen würde. Um zum anderen auf alle Fälle auch den biologischen Tatsachen Rechnung zu tragen, schlug Staatssekretär Dr. S t u c k a r t vor, sur Zwangssterilisierung zu schreiten.

Zur Vereinfachung des Mischehenproblems müßten ferner Möglichkeiten überlegt werden mit dem Ziel, daß der Gesetzgeber etwa sagt: "Diese Ehen sind geschieden".

Bezüglich der Frage der Auswirkung der Judenevakuierung auf das Wirtschaftsleben erklärte Staatssekretär N e u m a n n , daß die in kriegswichtigen Betrieben im Arbeitseinsatz stehenden Juden derzeit, solange noch kein Ersatz zur Verfügung steht, nicht evakuiert werden könnten.

1/4-Obergruppenführer H e y d r i c h wies darauf hin, daß diese Juden nach den von ihm genehmigten Richtlinien zur Durchführung der derzeit laufenden Evakuierungsaktionen ohnedies nicht evakuiert würden.

Staatssekretär Dr. B ü h l e r stellte fest, daß das Generalgouvernement es begrüßen würde, wenn mit der Endlösung dieser Frage im Generalgouvernement begonnen würde, weil einmal hier das Transportproblem keine übergeordnete Rolle spielt

K210413

372037

und arbeitseinsatzmäßige Gründe den Lauf dieser Aktion nicht behindern würden. Juden müßten so schnell wie möglich aus dem Gebiet des Generalgouvernements entfernt werden, weil gerade hier der Jude als Seuchenträger eine eminente Gefahr bedeutet und er zum anderen durch fortgesetzten Schleichhandel die wirtschaftliche Struktur des Landes dauernd in Unordnung bringt. Von den in Frage kommenden etwa 2 1/2 Millionen Juden sei überdies die Mehrzahl der Fälle arbeitsunfähig.

Staatssekretär Dr. B ü h l e r stellt weiterhin fest, daß die Lösung der Judenfrage im Generalgouvernement federführend beim Chef der Sicherheitspolizei und des SD liegt und seine Arbeiten durch die Behörden des Generalgouvernements unterstützt würden. Er hätte nur eine Bitte, die Judenfrage in diesem Gebiet so schnell wie möglich zu lösen.

Abschließend wurden die verschiedenen Arten der Lösungsmöglichkeiten besprochen, wobei sowohl seitens des Gauleiters Dr. M e y e r als auch seitens des Staatssekretärs Dr. B ü h l e r der Standpunkt vertreten wurde, gewisse vorbereitende Arbeiten im Zuge der Endlösung gleich in den betreffenden Gebieten selbst durchzuführen, wobei jedoch eine Beunruhigung der Bevölkerung vermieden werden müsse.

Mit der Bitte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD an die Besprechungsteilnehmer, ihm bei der Durchführung der Lösungsarbeiten entsprechende Unterstützung zu gewähren, wurde die Besprechung geschlossen.

K210414

372038

Mark Roseman

Setkání ve vile u jezera

Konference ve Wannsee
a „konečné řešení židovské otázky“

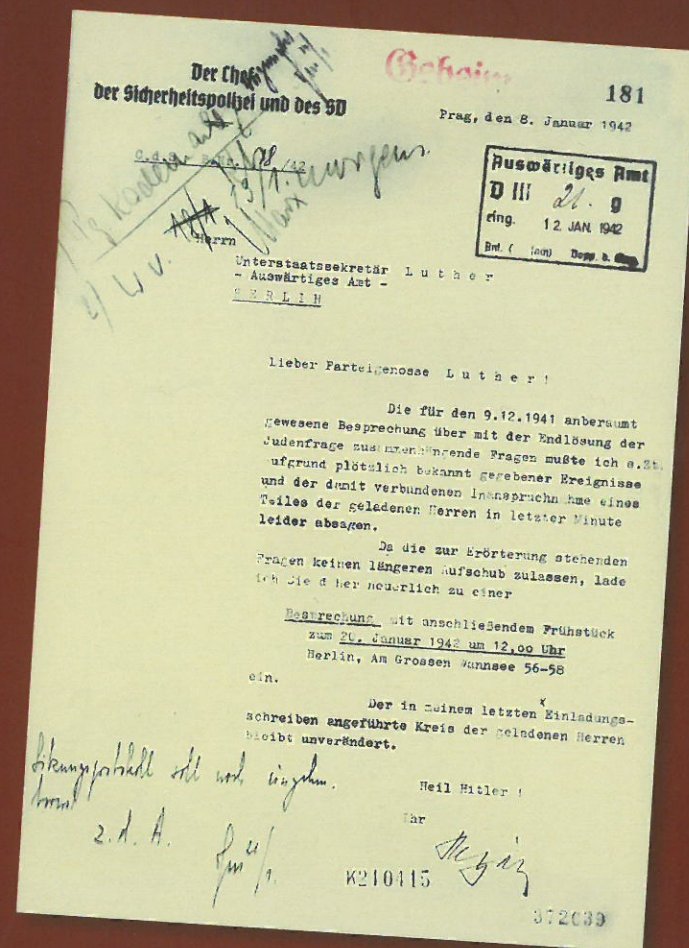
DOKORÁN

Peter Klein

Die „Wannsee-Konferenz“ am 20. Januar 1942

Eine Einführung

Mit einem Vorwort von Hans-Christian Jasch



(M)

METROPOL

vání židovských pracovních sil, onen rozhodující faktor, který určoval, jak velký zbytek evropských Židů bude moci přežít. Nešlo však o rozhodnutí, zda zabít, či nikoli, ale prostě jen o to, kdy zabít a v jakém pořadí. V tomto ohledu Protokol z Wannsee skutečně zachycuje rozhodující přechod v německé protizidovské politice, přechod od kvazigenocidálních deportací k jednoznačnému programu masového vyvražďování.

Samotné Wannsee nebylo momentem rozhodnutí. Nikdo ve Wannsee, dokonce ani Heydrich, nebyl tak vysoce postavený, aby o takovýchto věcech mohl rozhodovat. Osud míšenců ukázal, že pokud se podařilo podsunout Hitlerovi správné argumenty, dohody zajištěné ve Wannsee bylo možné anulovat. A naopak tam, kde byl zajištěn Hitlerův souhlas, mohl Himmler postupovat stejně, i kdyby Heydrich ve Wannsee nezískal aktivní a pasivní souhlas zúčastněných institucí. Protokol z Wannsee byl spíše mezníkem naznačujícím, že genocida se stala oficiální politikou. Přesto však bral Heydrich souhlas, který ve Wannsee získal, velmi vážně. Ze signálů, jež on a Eichmann po této události vysílali, plyne, že konference nesmírně posílila jejich sebevědomí. Heydrich ještě v květnu – při své návštěvě funkcionářů bezpečnostních složek ve Francii, jež byla jeho návštěvou poslední – ve svém líčení plánů na konečné řešení židovské otázky zdůrazňoval význam dohody dosažené 20. ledna 1942.⁴⁶ Státní tajemníci, kteří spolu ve Wannsee velmi zdvořile hovořili a popíjeli přitom koňak, tak skutečně uvolnili cestu genocidě.

Příloha

Protokol z Wannsee¹

Tajná říšská věc!

Protokol z porady

I. Porady o konečném řešení židovské otázky, která se konala 20. ledna 1942 v Berlíně, Am Grossen Wannsee č. 56–58, se zúčastnili:

Župní vedoucí Dr. Meyer a vedoucí říšského úřadu dr. Leibbrandt	Říšské ministerstvo pro obsazená území na Východě
Státní tajemník Dr. Stuckart	Říšské ministerstvo vnitra
Státní tajemník Neumann	Pověřenec pro čtyřletý plán
Státní tajemník Dr. Freisler	Říšské ministerstvo spravedlnosti
Státní tajemník Dr. Bühler	Úřad generálního guvernéra
Státní podtajemník Luther	Ministerstvo zahraničí
SS oberführer Klopfer	Kancelář strany (NSDAP)
Ministerský ředitel Kritzinger	Říšské kancléřství
SS gruppenführer Hofmann	Hlavní úřad pro otázky rasy a osídlování
SS gruppenführer Müller	Říšský hlavní bezpečnostní úřad
SS obersturmbannführer Eichmann	Říšský hlavní bezpečnostní úřad
SS oberführer Dr. Schöngarth, velitel bezpečnostní policie a SD v Generálním gouvernementu	Bezpečnostní policie a SD
SS sturmbannführer Dr. Lange, velitel bezpečnostní policie a SD pro generální kraj Lotyšsko, jako zástupce velitele bezpečnostní policie a SD pro říšský komisariát východních zemí	Bezpečnostní policie a SD

II. Na počátku sdělil velitel bezpečnostní policie a SD SS obergruppenführer Heydrich, že ho říšský maršál jmenoval pověřencem pro přípravu konečného řešení židovské otázky v Evropě a poukázal na to, že [přítomní] byli pozváni na tuto poradu proto, aby se vyjasnily základní otázky. Prání říšského maršála, aby mu byl zaslán návrh organizačních, věcných a materiálních otázek se zřetelem na konečné řešení židovské otázky v Evropě, vyžaduje předběžné společné jednání všech ústředních orgánů, které jsou na těchto otázkách bezprostředně zúčastněny, ke koordinaci linie.

Hlavní vypracování konečného řešení židovské otázky bez ohledu na zeměpisné hranice zůstane ústředně soustředěno v rukou říšského vůdce SS a velitele německé policie (velitele bezpečnostní policie a SD).

Velitel bezpečnostní policie a SD podal potom krátký přehled o boji dosud vedeném proti těmto protivníkům. Stěžejní body tvoří:

a) vytlačení Židů z jednotlivých oblastí života německého národa,

b) vytlačení Židů z životního prostoru německého národa.

Při provádění tohoto úsilí se jako jediná dosavadní možnost řešení uplatňovalo ve zvýšené míře a podle plánu urychlené vystěhovalectví Židů z území Říše.

Z příkazu říšského maršála byla v lednu 1939 zřízena říšská ústředna pro židovské vystěhovalectví, jejímž vedením byl pověřen velitel bezpečnostní policie a SD. Měla zejména za úkol:

a) učinit opatření k *přípravě* zesíleného vystěhování Židů,

b) řídit proud vystěhovalectví,

c) usměrňovat vystěhování v *jednotlivých případech*.

Cílem tohoto úkolu bylo vyčistit legálním způsobem německý životní prostor od Židů.

Nevýhody, které s sebou přinášelo takové prosazování vystěhovalectví, byly všem místům jasné. Bylo však nutné prozatím se s nimi smířit, protože nebyly jiné možnosti řešení.

Práce souvisící s vystěhovalectvím byla v dalším období nejen problémem německým, ale také problémem, kterým se musely zabývat úřady cílových, popřípadě přistěhovaleckých zemí.

Finanční těžkosti, jako zvýšení předepsaných částek peněz stanovené různými zahraničními vládami, kterými se museli přijíždějící nebo přistávající vykazovat, nedostatek míst na lodích, neustálé zostřování omezení přistěhovalectví anebo jeho zastavení ztěžovaly mimořádně snahu o vystěhování. Přes tyto obtíže se od převzetí moci až do rozhodného dne 31. října 1941 vystěhovalo vcelku asi 537 000 Židů, z toho:

Od 30. ledna 1933 ze staré říše asi 360 000

Od 15. března 1938 z Východní Marky (Rakouska) asi 147 000

Od 15. března 1939 z Protektorátu Čechy a Morava asi 30 000

Vystěhování financovali Židé, případně židovské politické organizace samy. Abychom se vyvarovali toho, že by tu zůstali zproletarizovaní Židé, postupovalo se podle zásady, že zámožní Židé musí financovat vystěhování nemajetných Židů; tu se předepisovala odstupňovaně podle jmění příslušná dávka nebo vystěhovalecký poplatek, kterého se použilo ke krytí finančních nákladů souvisejících s vystěhováním nemajetných Židů.

Kromě nákladů v říšských markách bylo zapotřebí deviz na částky, kterými se museli vykazovat při přistěhování nebo přistání. Aby se ušetřila německá zásoba deviz, přiměly domácí židovské organizace židovské finanční instituce v zahraničí, aby zajistily o obstarání potřebných devizových částek. Tak poskytl zahraniční Židé až do 30. října 1941 jako dar celkem asi 9 500 000 dolarů.

Mezitím zakázal říšský vůdce SS a velitel německé policie vystěhovalectví Židů s ohledem na nebezpečí vystěhovalectví za války a vzhledem k možnostem na Východě.

III. *Místo vystěhování nastoupila jako další možnost řešení po příslušném předběžném schválení vůdcem evakuace Židů na Východ.*

Na tyto akce je třeba pohlížet toliko jako na nouzové možnosti, ale už nyní se získávají praktické zkušenosti, které mají velký význam vzhledem ke konečnému řešení židovské otázky v budoucnosti.

Pro toto konečné řešení židovské otázky v Evropě přichází v úvahu asi 11 milionů Židů. Početní stav Židů v jednotlivých zemích je tento:

Země	Počet
A.	
Stará říše	131 800
Východní území	420 000
Východní Marka (Rakousko)	43 700
Generální gouvernement	2 284 000
Bialystok	400 000
Protectorát Čechy a Morava	74 200
Estonsko - bez Židů	
Lotyšsko	3 500
Litva	34 000
Belgie	43 000
Dánsko	5 600
Francie - obsazené území	165 000
- neobsazené území	700 000
Řecko	69 600
Holandsko	160 800
Norsko	1 300
B.	
Bulharsko	48 000
Anglie	330 000
Finsko	2 300
Irsko	4 000
Itálie včetně Sardinie	58 000
Albánie	200
Chorvatsko	40 000
Portugalsko	3 000
Rumunsko včetně Besarábie	342 000
Švédsko	8 000
Švýcarsko	18 000
Srbsko	10 000
Slovensko	88 000
Španělsko	6 000
Turecko (evropská část)	55 500
Maďarsko	742 800

SSSR	5 000 000
Z toho Ukrajina	2 994 684
Z toho Bílá Rus (bez Bialystoku)	446 484
Celkem	přes 11 000 000

Při uvedených počtech Židů v různých státech jde pouze o Židy podle vyznání, protože tam částečně ještě neexistuje označení Židů podle rasových zásad. Vyřešení problému bude v jednotlivých zemích narážet na určité těžkosti vzhledem k všeobecnému postoji a pojetí, zvláště v Maďarsku a Rumunsku. Tak např. v Rumunsku si ještě dnes může opatřit Žid za peníze příslušné dokumenty, které mu úředně potvrzují cizí státní příslušnost.

Je známo, jaký mají Židé vliv ve všech oblastech SSSR. V evropské části žije asi 5 milionů, v asijské přibližně 1/2 milionu Židů. Rozdělení Židů usídlených v evropské části SSSR podle zaměstnání bylo přibližně:

V zemědělství	9,1 %
Jako dělníci ve městech	14,8 %
V obchodě	20,0 %
Státní zaměstnanci	23,4 %
Ve svobodných povoláních, zdravotnictví, tisku, divadle atd.	32,7 %

Židé se mají po dobu konečného řešení posílat na práce na Východ pod příslušným vedením. Práceschopní Židé budou do těchto oblastí přivedeni ve velkých kolonách, odděleně podle pohlaví. Budou pracovat na stavbě silnic, přičemž jich bezpochyby velká část zmizí přirozeným úbytkem.

Se zbytkem, který v každém případě nakonec zůstane, se bude muset vhodně naložit, protože tu nepochybně půjde o část nejodolnější, představující přirozený výběr, na který je třeba pohlížet při propouštění na svobodu jako na zárodek nového židovského rozmachu. (Viz zkušenosti z dějin.)

Při praktickém provádění konečného řešení bude Evropa procesána od západu na východ. Území říše včetně Protectorátu Če-

chy a Morava musí mít přednost, třeba už jen z důvodů bytových a jiných sociálně-politických potřeb.

Evakuovaní Židé budou dopraveni vlakem nejprve do takzvaných tranzitních ghatt, aby odtud byli odvezeni dále na Východ.

Důležitým předpokladem pro provedení evakuace je, jak vyložil v dalším SS obergruppenführer Heydrich, přesně stanovit osoby přicházející v úvahu.

Nemáme v úmyslu evakuovat Židy starší 65 let, ale odevzdat je do ghetta pro staré - počítá se s Terezínem.

Vedle těchto skupin starých lidí - z počtu asi 280 000 Židů, kteří byli 31. října 1941 ve staré říši a Východní Marce, je asi 30 % starších 65 let - budou v židovských ghettech pro staré přijímáni ještě Židé s těžkými válečnými zraněními a Židé s válečnými vyznamenáními (Železný kříž I. třídy). Tímto vhodným řešením budou naráz vyloučeni všechny intervence.

Počátek jednotlivých větších evakuačních akcí bude do značné míry záviset na vývoji vojenské situace. Pokud jde o způsob konečného řešení v evropských zemích námi obsazených nebo pod naším vlivem, bylo navrženo, aby odborníci ministerstva zahraničí, kteří přicházejí v úvahu, se dohodou s příslušnými referenty bezpečnostní policie a SD.

Ve Slovinsku a Chorvatsku není již situace tak těžká, protože tam byly už v tomto směru vyřešeny nejdůležitější základní otázky. V Rumunsku jmenovala vláda rovněž pověřence pro židovskou otázku. K vyřešení této otázky v Maďarsku je nutné oktrojovat maďarské vládě v nejbližší době poradce pro židovskou otázku.

Vzhledem k tomu, že se započalo s přípravou řešení problému v Itálii, považuje SS obergruppenführer Heydrich za nutné spojit se v těchto otázkách s velitelem policie.

V obsazené a neobsazené Francii budou Židé určení k evakuaci soustředěni pravděpodobně bez velkých potíží.

Státní podtajemník Luther k tomu sdělil, že při důkladném řešení tohoto problému v některých zemích, jako např. v severských zemích, se objeví těžkosti a že se proto doporučuje ponechat tyto země zatím ještě stranou. Vzhledem k nepatrnému počtu Židů,

kteří tu přicházejí v úvahu, neznamená tento odklad stejně žádné omezení. Naproti tomu nepočítá ministerstvo zahraničí s žádnými velkými těžkostmi v jihovýchodní a západní Evropě.

SS gruppenführer Hofmann zamýšlí pro všeobecnou orientaci poslat do Maďarska odborníka Hlavního úřadu pro otázky rasy a osídlování. Tento odborník započne se svou prací, až se velitel bezpečnostní policie a SD rozhodne řešit tyto záležitosti. Bylo stanoveno jmenovat tohoto odborníka Hlavního úřadu pro otázky rasy a osídlování, který nemá vyvíjet aktivní činnost, na přechodnou dobu oficiálně pomocníkem policejního atašé.

IV. Základem této akce, která má vyřešit židovskou otázku, mají být v jistém smyslu norimberské zákony; přitom předpokladem pro definitivní řešení otázky je také vyřešení otázek smíšených manželství a míšenců.

Velitel bezpečnostní policie a SD vysvětlil v souvislosti s dopisem vedoucího říšského kancléřství nejdříve teoreticky tyto body:

1. Jak zacházet s míšenci 1. stupně.

Pokud jde o konečné řešení židovské otázky, jsou míšenci 1. stupně postaveni naroveň Židům.

Z toho jsou vyňati:

a) Míšenci 1. stupně, kteří uzavřeli manželství s osobami německé krve, z něhož vzešly děti (míšenci 2. stupně). Tito míšenci 2. stupně jsou v podstatě postaveni naroveň Němcům.

b) Míšenci 1. stupně, kterým povolily nejvyšší instance strany a státu výjimečně pracovat dosud na některých úsecích (života). Každý jednotlivý případ se musí přezkoumat; přitom není vyloučeno, že rozhodnutí bude znít v neprospěch míšence.

Předpokladem pro povolení výjimky musí být vždy zásadně zásluha samotného míšence. Nikoli tedy zásluha toho z rodičů nebo manželů, který je německé krve.

Míšelec 1. stupně, který bude vyňat z evakuace, bude sterilizován, aby se zabránilo jakémukoli potomstvu a míšenecký problém tím byl jednou provždy odstraněn. Sterilizace je dobrovolná, je však podmínkou pro další pobyt v Říši. Sterilizovaný míšelec je

v budoucnu osvobozen od všech omezujících ustanovení, kterým byl dosud podroben.

2. Jak zacházet s míšenci 2. stupně.

Míšenci 2. stupně se zásadně počítají k osobám německé krve, vyjma těchto případů, v nichž jsou míšenci 2. stupně postaveni naroveň Židům:

a) Míšenec 2. stupně pochází z bastardního manželství (obě strany míšenci).

b) Rasově zvláště nepříznivý vzhled míšence 2. stupně, z kterého lze soudit, že už svým zevnějškem patří k Židům.

c) Zvláště špatný policejní a politický posudek míšence 2. stupně, z kterého vyplývá, že se cítí Židem a jako Žid se chová. Žije-li míšenec 2. stupně v manželství s příslušníkem německé krve, nemají se v takových případech činit výjimky.

3. Manželství mezi plnými Židy a příslušníky německé krve.

Případ od případu se musí rozhodnout, zda bude židovský jedinec evakuován nebo zda bude vzhledem k působení takového opatření na příbuzné tohoto smíšeného manželství německé krve převezen do ghetta pro staré.

4. Manželství mezi míšenci 1. stupně a příslušníky německé krve.

a) bezdětná:

Nevzešly-li z manželství žádné děti, bude míšenec 1. stupně stejně evakuován, případně poslán do ghetta pro staré. (Stejně zacházení jako u manželství mezi plnými Židy a příslušníky německé krve, bod 3.)

b) s dětmi:

Vzešly-li děti z manželství (míšenci 2. stupně) a budou-li tyto děti postaveny naroveň Židům, budou evakuovány spolu s míšencem 1. stupně, případně poslány do ghetta. Pokud jsou tyto děti postaveny naroveň příslušníkům německé krve (normální případy), mají být z evakuace vyňaty. Tím se z evakuace vyjímá i míšenec 1. stupně.

5. Manželství mezi míšenci 1. stupně nebo míšenci 2. stupně a Židy.

Při těchto manželstvích (včetně dětí) se bude zacházet se všemi

stranami jako se Židy a budou proto evakuováni, případně posláni do ghetta pro staré.

6. Manželství mezi míšenci 1. stupně a míšenci 2. stupně.

Oba manželé budou evakuováni bez ohledu na to, mají-li děti, případně budou posláni do ghetta pro staré, protože případné děti vykazují zpravidla rasově silnější vliv židovské krve než židovští míšenci 2. stupně.

SS gruppenführer Hofmann zastává stanovisko, že se musí v rozsáhlém měřítku používat sterilizace zejména proto, že míšenec postavený před volbu, zda chce být evakuován, nebo sterilizován, podrobí se raději sterilizaci.

Státní tajemník Dr. Stuckart tvrdí, že s praktickým prováděním právě sdělených možností, jak řešit otázku smíšených manželství a míšenců, bude nekonečně mnoho administrativní práce. V každém případě se má však přihlížet ke zkušenostem biologického charakteru. Proto státní tajemník Dr. Stuckart navrhl, aby se přikročilo k násilné sterilizaci.

K zjednodušení problému míšenců musí se dále uvažovat o možnostech, že by např. zákonodárce měl právo rozhodnout: „Tato manželství jsou rozloučena.“

Pokud jde o otázky, jak bude působit evakuace Židů na hospodářský život, státní tajemník Neumann vysvětlil, že Židé, kteří toho času pracují ve válečně důležitých podnicích, nebudou evakuováni do té doby, než budou nahrazeni.

SS obergruppenführer Heydrich poukázal na to, že podle směrnice o provádění evakuačních akcí, které toho času platí a které schválil, tito Židé stejně nebudou evakuováni.

Státní tajemník Dr. Bühler prohlásil, že Generální gouvernement by uvítal, kdyby se zde začalo s konečným řešením této otázky, protože by tady odpadl problém transportu a důvody pracovního nasazení by nebránily průběhu této akce. Židé by museli být z prostoru Generálního gouvernementu odstraněni co nejrychleji, protože právě zde je Žid jako nositel nákaz eminentně nebezpečný a soustavnou šmelinou neustále rozvrací hospodářskou strukturu země. Z přibližně 2,5 milio-

nu Židů, kteří přicházejí v úvahu, je nadto většina neschopná práce.

Státní tajemník Dr. Bühler dále prohlásil, že řešením židovské otázky v Generálním gouvernementu se má zabývat velitel bezpečnostní policie a SD a že jeho práce je podporována úřady Generálního gouvernementu. Vznáší jen prosbu, aby židovská otázka na tomto území byla vyřešena co nejrychleji.

Závěrem byly prohovoreny různé formy řešení, přičemž jak župní vedoucí Dr. Meyer, tak i státní tajemník Dr. Bühler zastávali stanovisko, aby se určité přípravné práce v průběhu konečného řešení prováděly přímo v příslušných oblastech. Přitom je třeba se vyhnout zneklidnění obyvatelstva.

Prosbou velitele bezpečnostní policie a SD, aby mu účastníci porady poskytli náležitou podporu při práci na řešení otázky, byla porada ukončena.

Dokument Mezinárodního vojenského soudního tribunálu v Norimberku

Upraveno podle protokolu uveřejněného v publikaci *SS v akci (Dokumenty o zločinech SS)*, Praha, Naše vojsko 1959, s. 137–145.

Poznámky

1. „Patrně nejhanebnější dokument“

1. Procesy s mezinárodními válečnými zločinci skončily v roce 1946. Spojené státy potom v následných procesech, které se konaly rovněž v Norimberku, soudily druhořadé funkcionáře. Tzv. proces s ministristvy zahrnoval (mezi jinými) též úředníky přítomné na konferenci ve Wannsee. Viz *Trials of War Criminals Before the Nuremberg Military Tribunals Under Control Council Law*, Vol. 13–15, No. 10: *The Ministries Case*, Nuremberg, October 1946–April 1949.
2. Můj překlad úryvku z Kempner Robert M. W., *Ankläger einer Epoche. Lebenserinnerungen*, Frankfurt am Main, Berlin, Wien 1983, s. 310–311, zde s. 311. Brigádní generál Telford Taylor nahradil ve funkci hlavního amerického prokurátora Roberta Jacksona.
3. Grenville J. A. S., Die „Endlösung“ and die „Judenmischlinge“ im Dritten Reich. In: Büttner Ursula, Johe W., Voss Angelika (eds.), *Das Unrechtsregime: Internationale Forschung über den Nationalsozialismus*, Hamburg 1986, s. 91–121, zde s. 108.
4. Kempner, *Ankläger*, s. 310–312.
5. Yahil Leni, Himmler's Timetable, *Yad Vashem Studies*, 28, 2000, s. 351–361, zde s. 351.
6. Eberhard J., On the Purpose of the Wannsee Conference. In: Pacy J. S., Wertheimer A. S. (eds.), *Perspectives on the Holocaust. Essays in Honor of Raul Hilberg*, Boulder, San Francisco, Oxford 1995, s. 39–50, zde s. 39.
7. K autentičnosti protokolu Scheffler W., Die Wannsee-Konferenz und Ihre Historische Bedeutung, v brožůře s názvem *Erinnern für die Zukunft*, kterou k vydání připravil a vytiskl Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz [Památník konference ve Wannsee]. Berlin, bez data [1992], s. 17–34, zde s. 30–31.
8. Nejlepší shrnutí problematiky přináší Jäckel E., Rohwer J., *Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg*, Stuttgart 1985.
9. Přehledy těchto debat obvykle uvádějí týchž několik jmen – Lucy Davidowiczovou a Geralda Flemminga na straně jedné a Martin Brosza-